Was können Kommunen tun, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden?

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

7. November 2015,
Jörg Detjen

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

FotoHiero / pixelio.de

Armut verfestigt sich in Großstädten

Tabelle 3: Armutsquote in ausgewählten Großstädten seit 2005 (in %)

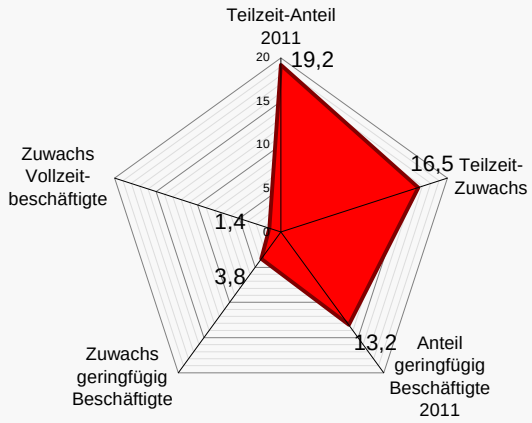
Armutsquote in ausgewählten Großstädten seit 2005 (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Berlin	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	21,1	21,2
Bremen	21,4	18,3	18,1	22,0	19,5	20,5	21,3	22,3
Dortmund	18,6	20,2	20,5	21,3	22,2	23,0	24,2	26,4
Dresden	20,7	20,2	22,5	21,5	19,3	19,6	20,0	20,2
Duisburg	17,0	16,2	22,2	19,2	22,9	21,5	23,5	25,1
Düsseldorf	13,8	14,6	15,7	13,8	14,1	15,4	19,2	17,6
Essen	17,7	13,9	12,6	16,3	16,8	17,8	19,8	20,0
Frankfurt am Main	13,7	13,6	12,7	13,7	14,7	13,8	15,6	15,2
Hamburg	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8
Hannover	21,0	19,8	20,5	22,2	21,6	21,3	22,6	22,4
Köln	18,0	16,1	16,9	16,8	17,4	17,3	20,0	20,5
Leipzig	23,9	23,6	25,3	27,0	27,2	26,4	25,0	25,9
München	10,9	9,8	10,8	9,8	10,9	10,7	11,8	11,4
Nürnberg	18,1	17,3	18,9	17,3	17,8	18,4	19,6	17,5
Stuttgart	13,0	13,6	13,2	14,2	14,7	13,9	15,1	13,4

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

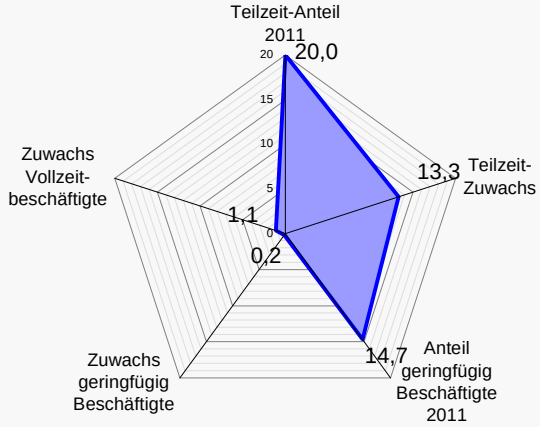
Entwicklung der prekären Beschäftigung im Städtevergleich

- Köln im Vergleich mit anderen Städten -

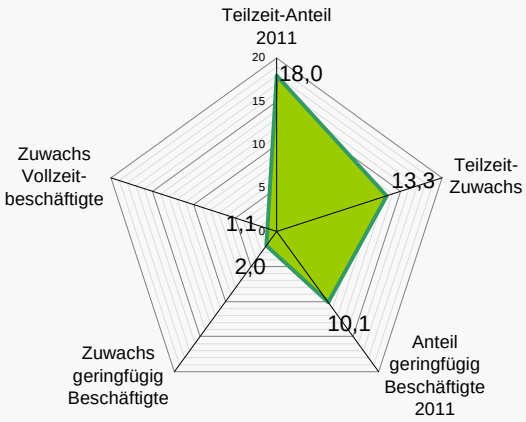
Köln



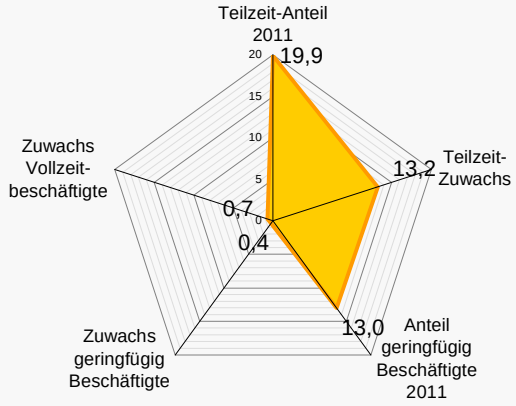
Deutschland



D, F, HH, M



DO, L, N, S



0. *Statistik:*

Tabelle 4 **Struktur der Beschäftigung am Arbeitsort Köln 2013 und 2014 (jeweils am 30.Juni)**

	2012	2013	2014	Veränderung 2013/2014	
				Zahl	Prozent
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte [1]		498.905	512.144	13.239	2,7
Männer		269.351	275.566	6.215	2,3
Frauen		229.554	236.578	7.024	3,1
Deutsche		441.560	451.865	10.305	2,3
Ausländer/-innen		56.850	59.735	2.885	5,1
Jüngere unter 25 Jahre		45.530	46.516	986	2,2
Ältere ab 50 Jahre		131.230	139.513	8.283	6,3
Vollzeitbeschäftigte		372.558	377.523	4.965	1,3
Teilzeitbeschäftigte		121.859	130.279	8.420	6,9
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	72.231	76.477	76.822	345	0,5

Böckler-Stiftung zu Köln:

Hans Böckler Stiftung

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

17.836 Leiharbeit

130.279 Teilzeitarbeit

83.663 nur Minijobs

***231.778 atypische Beschäftigung* =**

38,9 % von allen abhängigen

595.807 Beschäftigten

1. *Reinigung von öffentlichen Gebäuden:*

Seit vielen Jahren haben privaten Unternehmen die Reinigung von öffentlichen Gebäude übernommen.

Das hat wesentlich zum Ausbau von prekärer Arbeit und Löhnen beigetragen:

Stadt Köln / TVÖD
E 1 = 1670 Euro (1734 >5 Jahre)*
E 2 = 1863 Euro (2112 >3 Jahre)

Privates Reiniungsgewerbe
1613 Euro (2016=1656)

- **Betriebsvereinbarung = Köln 50 % mit städtischen Personal**
- **Möglichkeit, sich intern bewerben zu können > E 2**

* **Eigentlich nicht tarifkonform**

2. Zäher Kampf um Befristungen:

Pressemitteilung vom 5.11.2015

Ausstieg aus sachgrundloser Befristung bei der Stadt Köln

Nach Informationen der Gewerkschaft ver.di verzichtet die Stadt Köln bei Einstellungen inzwischen in der Regel auf sachgrundlose Befristungen. Die Gewerkschaft ver.di hatte die Befristungspraxis bei der Stadt Köln kritisiert. Über 1.000 Beschäftigte waren zeitweise ohne Sachgrund für bis zu 2 Jahre bei der Stadt Köln beschäftigt.

Die sachgrundlose Befristung von Beschäftigten wurde und wird nicht nur bei der Stadt Köln vielfach lediglich als verlängerte bzw. zweite Probezeit genutzt.

3. *VHS-Honorarkräft gegen Altersarmut:*

VHS-Honorarkräfte in Köln verdienen jetzt 21 Euro/Std. Sie müssen ihre Sozialversicherungsbeiträge komplett alleine zahlen. Das führt dazu, dass Beiträge für die Renten- und Arbeitslosenversicherung gar nicht eingezahlt werden, weil das Honorar so niedrig ist.

- **Sie fordern 30 Euro (langjährige Forderung der GEW)**
- **Erster Erfolg: Die Stadt Köln erkennt den Urlaubsanspruch an, und zahlt den Urlaub aus!**
- **Beteiligung Sozialkosten, Honorarfortzahlung bei Krankheit**
- **Übernahme mit Festanstellung!**

4. Leiharbeit am Beispiel Duisburg:

Stadt Duisburg stopft Personallücken mit Leihkräften

23.09.2014 | 09:00 Uhr

Mit einem „Sklavenmarkt“ auf der Kuhstraße demonstrierte die Gewerkschaft Verdi bereits 2011 gegen Leiharbeit in Duisburg.Foto:Stephan Eickershoff Foto:

Erstmals auch in der Kernverwaltung. Bei den Wirtschaftsbetrieben wurden in Spitzenzeiten bis zu 200 Leiharbeiter beschäftigt. Deren Zahl ist mittlerweile gesunken. Insgesamt steigt die Zeit- und Leiharbeit in Duisburg stark an. Sie gilt mittlerweile als „Normalität“.

5. *Ausbildungsquote und Übernahme:*

Seit 2007 gibt es eine 6 %-Ausbildungsquote bei der Stadt Köln und eine 7 %-Quote beim LVR.

Gute Ergebnisse wurden dabei erzielt. Es gab auch eine Art Vorbereitungsklasse für eine städtische Ausbildung für Migrantinnen und Migranten und alleinerziehenden Frauen. Bei den Auszubildenden hat die Stadt Köln ca. 30 % mit Migrationshintergrund.

- **Ausbau und Modernisierung der Verwaltung**
- **Übernahme junger Leute in städtische Jobs**

6. Baukontrollen und Vergaberecht:

Die Stadt Köln hat eine „Zentrale Sanktionsstelle“ mit 1,5 Mitarbeitern für Baukontrollen eingerichtet. Sie kontrolliert die städtischen Baustellen und überprüft, ob die Unternehmen und Sub-Unternehmen die Arbeiter sozialversicherungspflichtig beschäften.
In den letzten Jahren wurde zahlreiche Fälle aufgedeckt, in denen Unternehmen rechtswidrig handelten.

Jahr	Zahl der kontrollierten Hauptunternehmen	Anzahl der Beteiligung des Zolls	Anzahl der Beteiligung des Jobcenters	Anzahl der Vertragsstrafen	Volumen der festgesetzten Vertragsstrafen
2013	171	6	4	9	82.650,- Euro
2014	191	10	13	7	98.600,- Euro

7. Prekäre Arbeit in den öffentlichen Fokus:

HENRIETTE REKER WILL STELLEN ÜBERPRÜFEN

104 Mitarbeiter der Stadt Köln brauchen Hartz IV

Bei der Kölner Stadtverwaltung arbeiten rund 17.000 Menschen – 104 von ihnen verdienen so wenig, dass sie zusätzlich Hartz IV brauchen, um über die Runden zu kommen.
Foto: Matthias Heinekamp

Rund 17.000 Mitarbeiter hat die Stadtverwaltung, exakt 85.428 Kölner beziehen Hartz IV – darunter 104, die Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind. Das bestätigt Olaf Wagner als Chef des Kölner Jobcenters auf unsere Anfrage. 104 städtische Mitarbeiter sind sogenannte „Aufstocker", das heißt, sie verdienen mit ihrer Arbeit nicht genug, um sich Wohnung und Lebenshaltungskosten leisten zu können. Deshalb erhalten sie zusätzlich Hartz IV, meist als „Hilfe zur Unterkunft", so Wagner.

„Unmöglich", findet das OB-Kandidatin Henriette Reker, die das Thema als Sozialdezernentin schon länger umtreibt. „Eine Arzthelferin im betrieblichen Gesundheitsmanagement der Stadtverwaltung verdient mehr als eine Arzthelferin im Gesundheitsamt", empört sich Reker. „Angeblich, weil die Tätigkeit anspruchsvoller ist. Ich werde als OB jede einzelne Stelle überprüfen."

Denn es sind nicht nur Arzthelferinnen im Gesundheitsamt, sondern auch Mitarbeiter bei der „Aktenhaltung" oder im Postdienst der Verwaltung, die laut Wagner auf die Hilfe des Staates angewiesen sind. „Es ist aber nicht so, dass die Stadt den Leuten einfach weniger bezahlt, sondern das ist die tarifliche Eingruppierung. Eine städtische Arzthelferin bekommt in Meschede genauso viel. Bloß ist das Leben da nicht so teuer wie in Köln."

Eine alleinerziehende Mutter mit einem Kind etwa hat schon mit einem Nettogehalt von 1.481 Euro keinen Anspruch auf Hartz IV. Das heißt: Die alleinerziehende Arzthelferin der Stadt hat weniger. Die OB-Kandidatin macht Dampf: „Auch eine Arzthelferin muss in Köln von ihrer Hände Arbeit leben können. Dann muss man sie höher eingruppieren, wie es Düsseldorf bei den Erziehern gemacht hat. Auch über Ortszuschläge muss man nachdenken." So zahlt zum Beispiel München den städtischen Mitarbeitern in bestimmten Berufen Zulagen.

Danke für das Interesse!